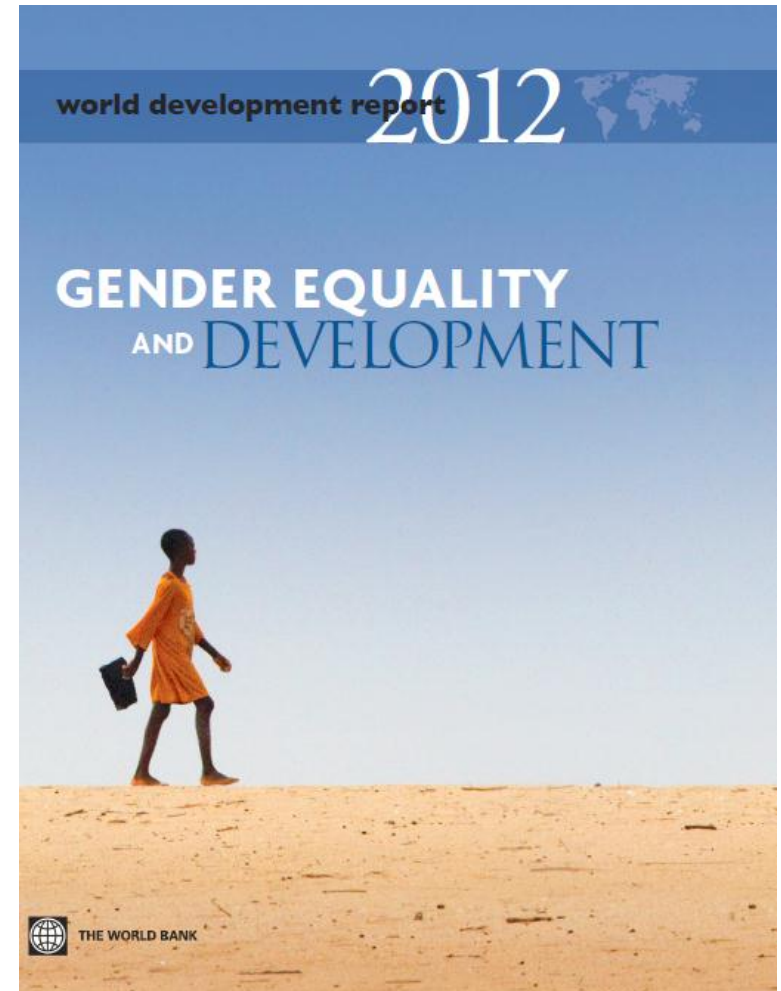

Grundzüge nationaler und internationaler Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert

4. Heidelberger Dialog zur internationalen Sicherheit „Zum Verhältnis von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“

Gliederung

1. Einleitung
2. Das Argument
3. Historische Genese des „Nexus Entwicklung und Sicherheit“
4. Entwicklungspolitische Motive und Vergabeprofile
5. Entwicklungszusammenarbeit mit Gewaltakteuren
6. Fazit



Das Argument

1. Das Zusammenspiel von Entwicklung und Sicherheit ist historisch kontingent. Es wird durch technologische, machtpolitische und gesellschaftliche Dynamiken geprägt.
2. Entwicklungszusammenarbeit dient auch im 21 Jh. i.d.R. mehreren Zwecken: geänderte normative Ansprüche und materielle Asymmetrien bedingen eine in Art und Umfang neuartige „interventionistische Grundphilosophie“.
3. Wertgebundene Entwicklungspolitiken westlicher Geberstaaten können sehr unterschiedliche Ziele, Strategien und Instrumente beinhalten.
4. Bestimmte Entwicklungs- und Sicherheitspolitiken zeitigen erkennbar häufiger als andere unintendierte Konsequenzen. Diese müssen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit identifiziert und berücksichtigt werden.

Schritt 1

Historische Genese des „Nexus Entwicklung und Sicherheit“

Arbeitsdefinitionen: Entwicklung und Sicherheit

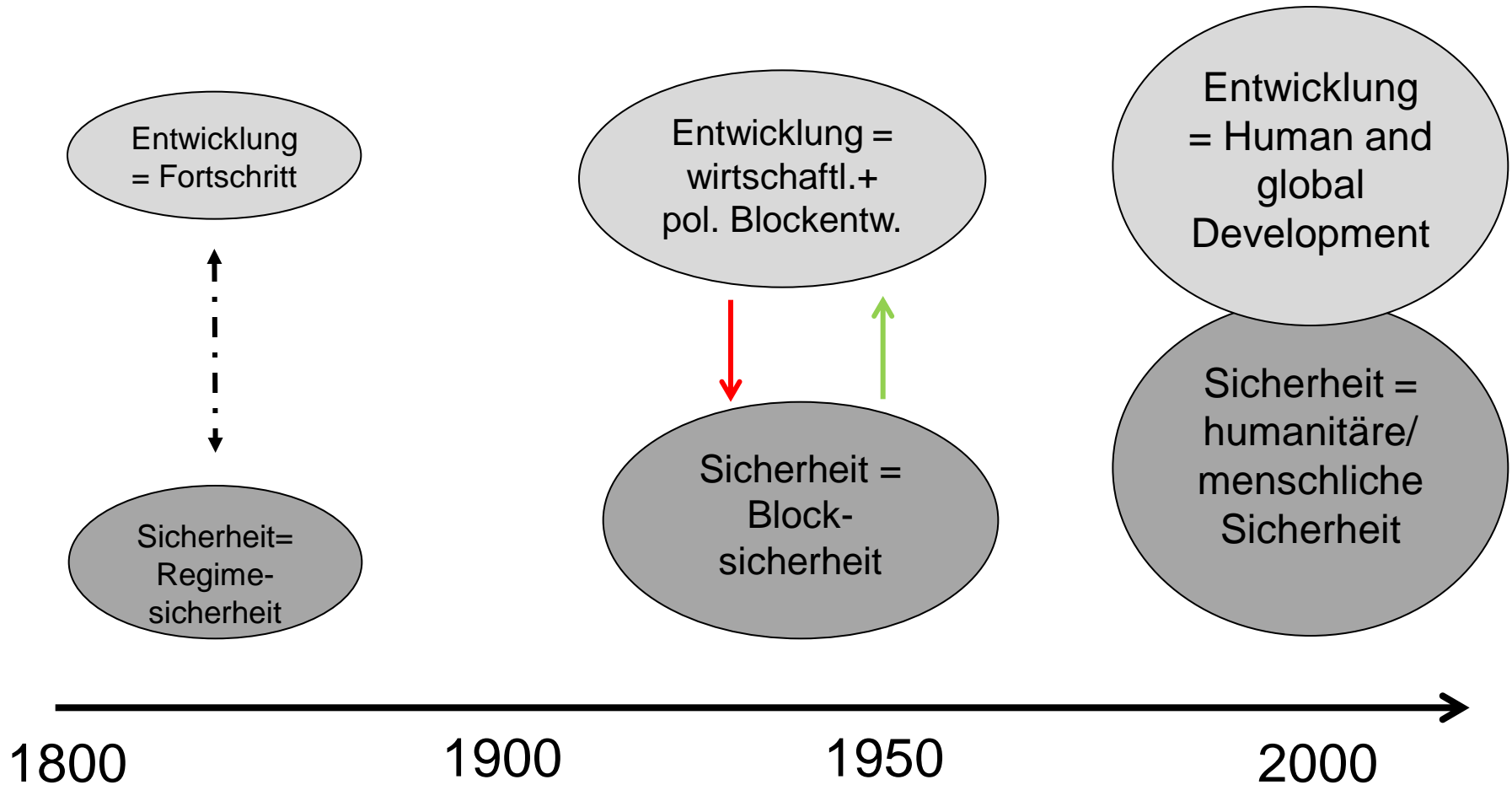
- Entwicklung: umfassender und kontinuierlicher (sozialer) Wandel, dem durch Menschen ein zumeist positiver Wert zugeschrieben wird und der durch (menschliches) Handeln beeinflussbar erscheint.
- Sicherheit: se cura = ohne Sorge; die Abwesenheit von Bedrohung/Gefährdung oder „Bestand von etwas Werthafem in der Zeit.“

Dynamische Veränderung des Sicherheitsbegriffs

- Sicherheit kann entlang unterschiedl. Dimensionen definiert werden:
 1. Referenzobjekt
 2. Gefahrenqualität
 3. Sachbereich
 4. Räumliche Dimension
- Es gilt: Je „ausgreifender“ eine Sicherheitsforderung, desto größer muss die Zahl der beteiligten Akteure/Institutionen sein.,

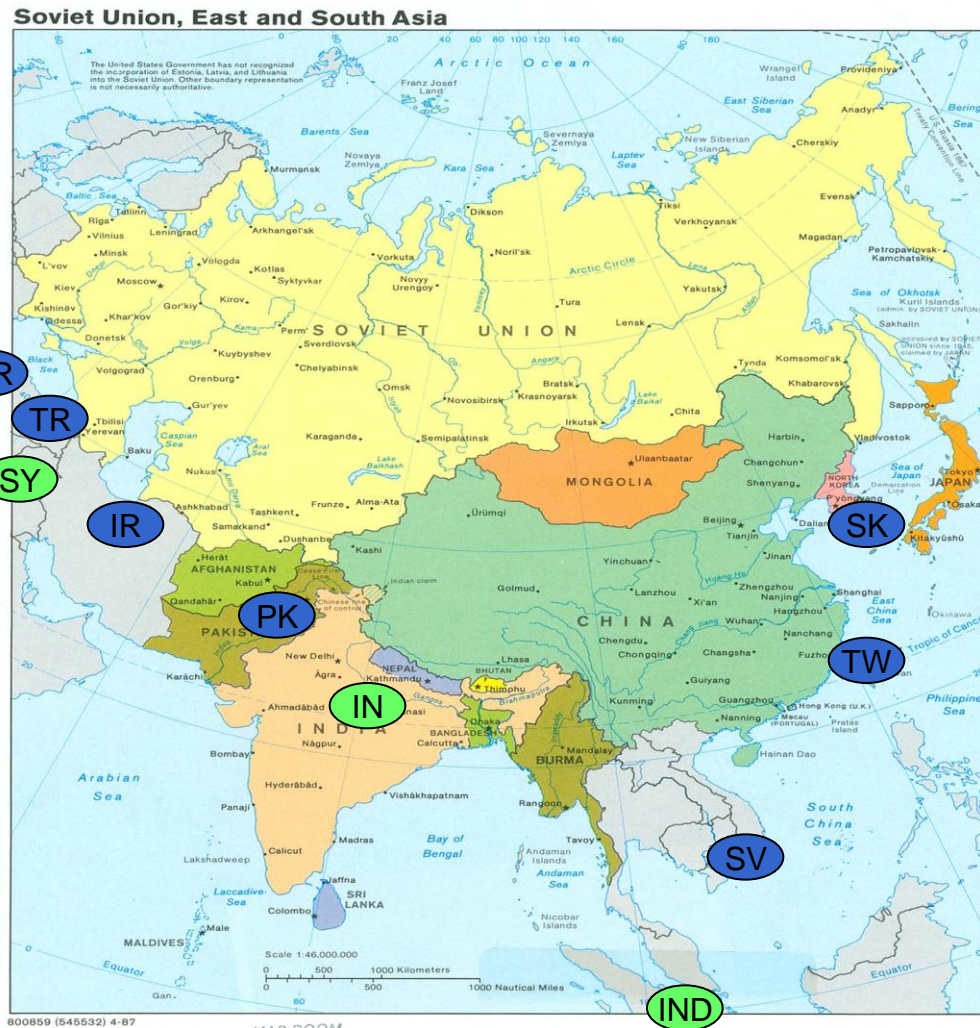


Nexus Entwicklung und Sicherheit: historische Genese

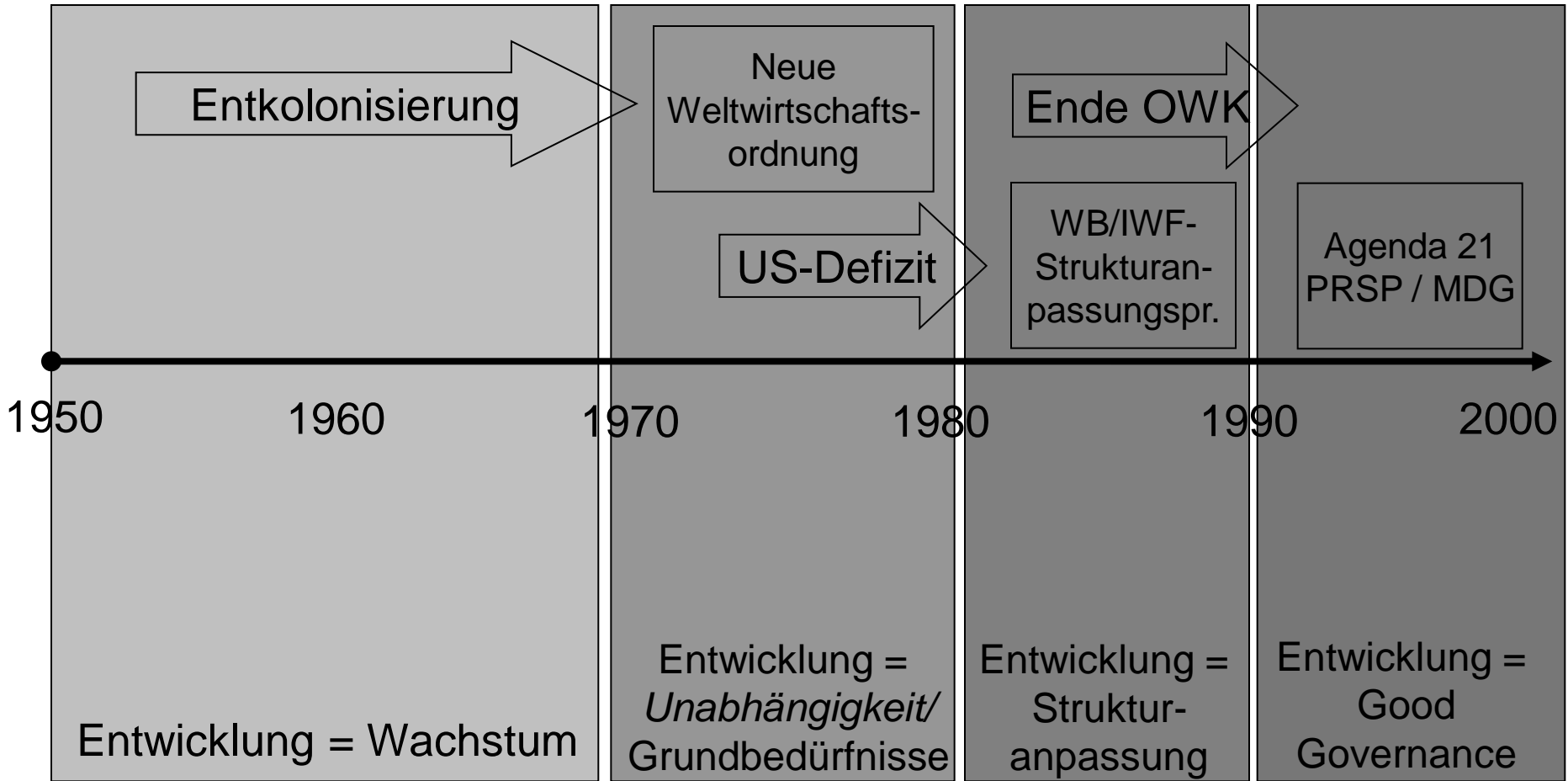


Die sicherheitspolitische Ausrichtung der deutschen Entwicklungshilfe in den 1950er Jahren

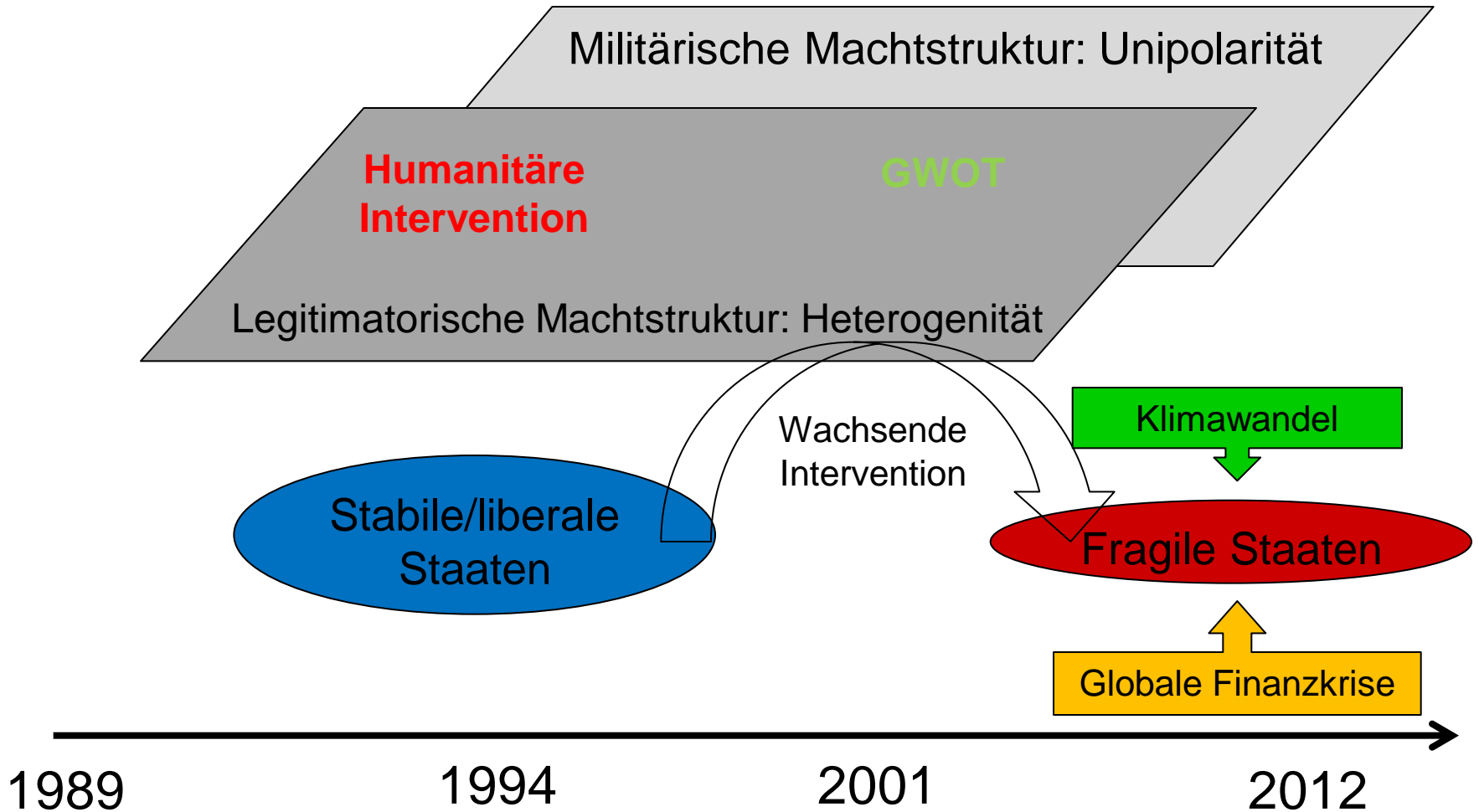
Quelle: http://www.lib.utexas.edu/maps/commonwealth/soviet_union_east_and_south_asia_1987.jpg



Entwicklungskonzeptionen der Weltbank 1950-2000



Nexus Entwicklung und Sicherheit: Beginn 21 Jh.



Schritt 2

Entwicklungspolitische Motive und Vergabepprofile

IB-Theorievergleich: Motivannahmen und Verhaltenshypothesen

- **Strategische Motive: Machtgewinn ist das Ziel (Realismus)**
 1. Je höher die Machtrelevanz der Empfänger, desto höher die Vergabebereitschaft des Gebers.
 2. Je wichtiger die Ressourcenausstattung des Empfängers für die relative Machtposition des Gebers, desto höher die Zahlungen für Infrastruktur und Extraktion der Ressourcen.
- **Wirtschaftliche und ideelle Gewinne: Eigeninteresse ist das Motiv (Liberalismus)**
 1. Je größer die handelspolitische Bedeutung oder je größer der ideelle Gewinn durch die Unterstützung des Empfängerlandes, desto höher fallen die Leistungen aus.
 2. Je stärker ein Geberland regional handelspolitisch integriert ist (wie bspw. in der EU), desto höher wird der multilaterale Anteil an der Gesamthilfe sein.
- **Humanitäre Verantwortung: Soziale Anerkennung ist das Motiv (sozialer Konstruktivismus)**
 1. Je stärker eine gemeinschaftliche Verantwortungsnorm auf internationaler Ebene ist (d.h. je genauer sie bestimmt ist und je größer ihre Anhängerschaft), desto größer ist der Verantwortungsdruck auf jene, die diese Norm anerkennen und von ihr sprechen.
 2. Je größer die humanitäre Bedürftigkeit, je größer die historische Bindung oder je größer die Vorleistung in Erwartung der Hilfe innerhalb einer internationalen Gemeinschaft ist, desto höher sind die Entwicklungshilfeleistungen der Geber gegenüber den Empfängern innerhalb dieser Verantwortungsgemeinschaft.

Unterschiedliche normative Handlungsmotive und Verhaltensannahmen

	Solidarische Handlungsprinzipien		
	<i>Bedürftigkeit</i> der Empfängerländer	<i>Bindung</i> zwischen Geber- und Empfängerländern	<i>Eigenanstrengung</i> der Empfängerländer
Verteilung von solidarischen Rechten und Pflichten	Je größer die Bedürftigkeit, um so größer ist der solidarische Rechtfertigungsdruck seitens der Geberländer zu helfen	Je stärker die historische, kulturelle oder schuldbasierte Bindung, um so größer ist der solidarische Rechtfertigungsdruck zu helfen	Je geringer die Anstrengung, um so schwieriger ist es, Hilfe zu rechtfertigen
Rechtfertigungen	Ethisch-politische und moralische Verpflichtung, den Armen und Benachteiligten dieser Welt zu helfen	Ethisch-politische und moralische Verpflichtung zur Aufrechterhaltung von Sonderbeziehungen	Ethisch-politische und moralische Verpflichtung zur Hilfe ja, aber Hilfe zur Selbsthilfe
Positionserwartungen und Verhalten	AKP-Gruppe: Auflösung LDCs: inklusiv Handel: reziprok und Gleichbehandlung EEF: eher gering Budgetisierung: ja Konditionalität: eher gering Sanktionen hängen von Bedürftigkeit ab	AKP-Gruppe: Fortbestand LDCs: exklusiv Handel: langsamer Übergang EEF: hoch Budgetisierung: nein Konditionalität: eher gering Politischer Dialog vor Sanktionen	AKP-Gruppen: Auflösung LDCs: inklusiv Handel: reziprok und Liberalisierung EEF: relativ Budgetisierung: Konditionalität: hoch Sanktionierung

Varianz europäischer Geberprofile (Schieder 2009)

Tabelle 1: Frankreich, Deutschland und Schweden in der Cotonou-Politik

	<i>Frankreich</i>	<i>Deutschland</i>	<i>Schweden</i>
<i>(a) Differenzierung und AKP-Gruppenintegrität</i>	AKP-Gruppenintegrität Keine Öffnung für LDCs	Auflösung der AKP-Gruppe Öffnung für LDCs	Auflösung der AKP-Gruppe (Armutsfokus) Öffnung für LDCs
<i>(b) Handelspräferenzen und Reziprozität</i>	Langer Übergangsfristen Differenzierung unter dem Dach der AKP-Gruppe Begrenzte Liberalisierung bei den EPAs	Differenzierung unter dem Dach der AKP-Gruppe Umfassende Liberalisierung bei den EPAs	Harmonisierung der AKP-Politik mit APS Umfassende Liberalisierung bei den EPAs
<i>(c) Dotierung und Budgetisierung des EEF</i>	Überdurchschnittlicher EEF-Anteil Keine Budgetisierung	Unterdurchschnittlicher EEF-Anteil und Senkung Keine Budgetisierung	Durchschnittlicher EEF-Anteil Budgetisierung des EEF
<i>(d) Politischer Dialog und Konditionalität</i>	Dialog vor Sanktionen	Fallbezogene Sanktionen	Sanktionen unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes

Schieder 2009: 11

Vergabeprofil der Bundesrepublik

PERIODISIERUNG DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

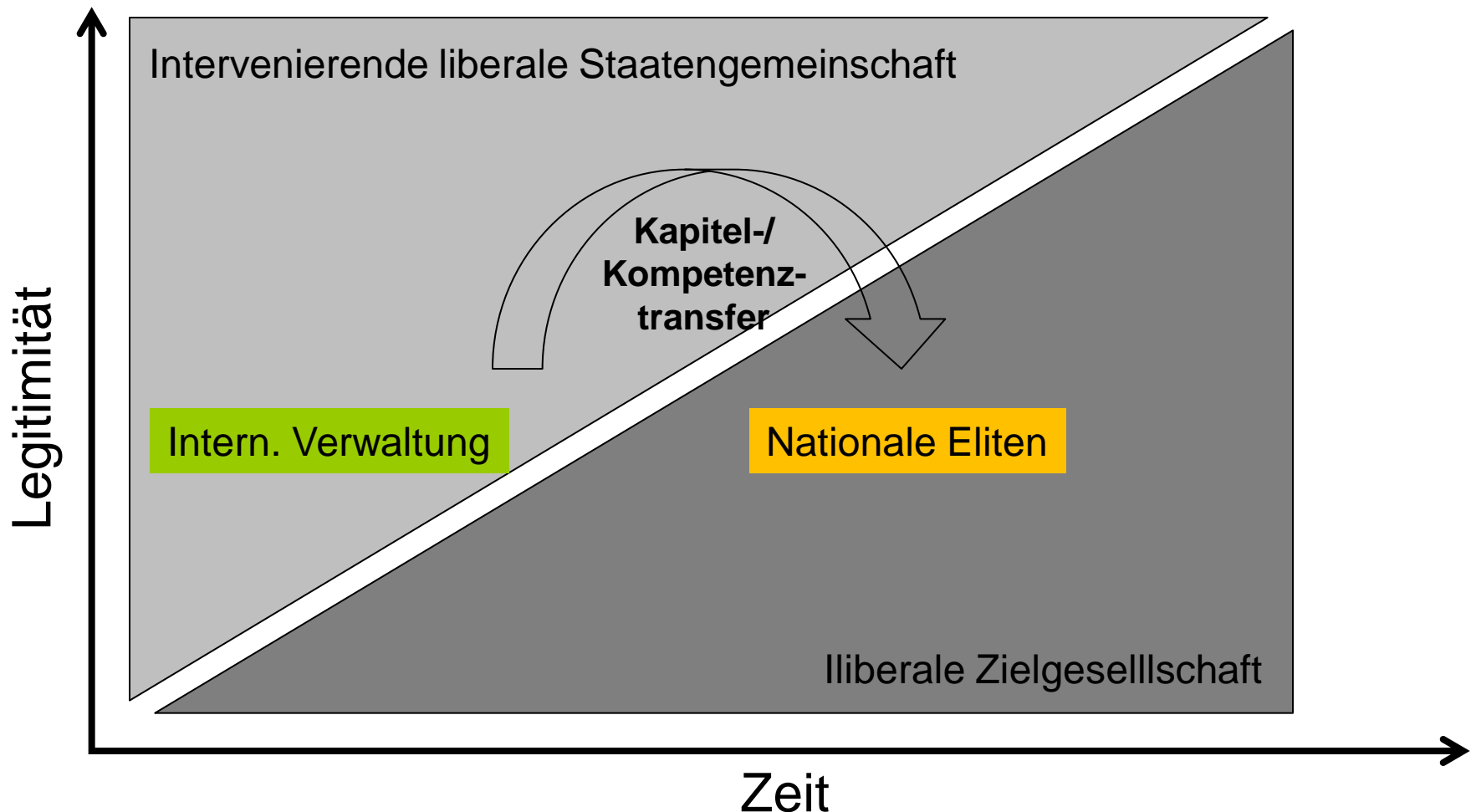
	Aufbauphase 1961-1974	Konsolidierungsphase 1974-1989	Reformphase 1990-2011
Motive und Ziele	Ausweitung des Zielkanons: multiple Motive	Zielkonsolidierung: parteipolitische Polarisierung der Ziele	Kanonisierung von Menschenrechten und Demokratie/Europäisierung
Institutionen und Prozesse	zunehmende Autonomie des Ministeriums	konsolidiertes Ministerium: schwache Kabinettsstellung	Europäisierung und Öffnung für Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungspartner
Politiken und Inhalte	starke bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, Auslagerung an Privatwirtschaft und Durchführungsorganisation	zunehmende Orientierung an internationalen Finanzinstitutionen: Struktur Anpassungsprogramme	Good-Governance Konsolidierung

Quelle: Harnisch/Schmidt 2012: 28

Schritt 3

Entwicklungszusammenarbeit mit Gewaltakteuren

Peacebuilding: das Legitimationsdilemma demokratischer Interventionen



Nexus Entwicklung und Sicherheit: Handlungsparadoxa

1. Je ungerechter die bestehende Ordnung in der Zielgesellschaft und je größer das normative und militärische Gefälle zur Interventionsgemeinschaft, desto attraktiver ist eine externe Intervention für eine unterlegene Gruppe in der Zielgesellschaft.
2. Je ausgreifender die Entwicklungsagenda, desto größer das Einwirken auf die Zielgesellschaft; je legitimer und profitabler das Einwirken für maßgebliche Gruppen in der Zielgesellschaft, desto weniger Gewaltanwendung ist notwendig.
3. Je demokratischer die Interventionsgemeinschaft, desto später das Einwirken, desto geringer der jeweilige Einzelanteil und desto größer der nationale und internationale Koordinierungsaufwand; je demokratischer/pluraler die Interventionsgemeinschaft, desto größer deren Legitimität, aber desto kleiner ihre Effektivität aufgrund von Reibungsverlusten und Möglichkeiten zielgesellschaftlicher Akteure die diversen „Prinzipale“ gegeneinander auszuspielen.

Schritt 4

Fazit

Abschließende Thesen

- Entwicklung und Sicherheit sind als politische Ziele historisch sehr unterschiedlich aufeinander bezogen worden.
- Beiden gesellschaftlichen Prozessen wohnt aber „keine fixe Eigenlogik“ inne. Vielmehr bestimmt das jeweilige
 - a) „Referenzobjekt“ (Sicherheit und Entwicklung für wen?) sowie der
 - b) Sachbereich (Sicherheit und Entwicklung an was?) sowie deren
 - c) Qualität (Sicherheit und Entwicklung inwiefern?) über deren Kompatibilität und die Schwere der Handlungsparadoxa.
- Einige wichtige Handlungsparadoxa demokratischer Entwicklungs- und Sicherheitspolitik gehen auf die mangelhafte Fähigkeit von gefestigten liberalen Regimen zur „Selbstbeschränkung“ zurück.